

dung einen *zwiespältigen Eindruck*: Neben Bereitschaft, sich den realen Lebens- und Ausbildungsproblemen der Priester zu stellen das Aufeinanderhäufen immer neuer Anforderungen, die in die Überforderung führen müssen; neben dem Bewußtsein, daß auf der Grundlage der katholischen

Amtstheologie Flexibilität und Offenheit für die Ausgestaltung des priesterlichen Dienstes erforderlich sind, auch der Griff zu traditionellen Denkmustern und Modellen (etwa der Seminarerziehung), die sich nicht mehr ohne Schaden für die Priester und die Gläubigen umsetzen lassen. U. R.

## Deutsche Einheit: Die Kirchen zum 3. Oktober

Der nach einem Jahr sich überstürzender Ereignisse und Entwicklungen in Deutschland und Europa am 3. Oktober vollzogene Beitritt der DDR zur Bundesrepublik war auch Anlaß zu zahlreichen kirchlichen Stellungnahmen. So verabschiedete die Deutsche Bischofskonferenz bei ihrer Herbstvollversammlung in Fulda (vgl. ds. Heft, S. 541) in der Woche vor dem historischen Datum ein kurzes Wort zum 3. Oktober sowie einen ausführlichen Hirtenbrief über „Christliche Verantwortung in veränderter Welt“. Die Feierlichkeiten am Tag der deutschen Einheit in Berlin begannen mit einem ökumenischen Gottesdienst in der evangelischen Marienkirche im Stadtzentrum, bei dem der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann* (Mainz), und der sächsische Landesbischof *Johannes Hempel* predigten. Der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof *Martin Kruse* (Berlin), gab eine Erklärung zum 3. Oktober ab und zum Abschluß ihrer ersten gemeinsamen Sitzung am 5. und 6. Oktober legten Rat der EKD und Konferenz der Kirchenleitungen der bisherigen DDR eine Stellungnahme zur Regelung der *Eigentumsfrage* im vereinten Deutschland vor.

### Katholischer Protest gegen die Fristenlösung

Die kirchlichen Äußerungen zum 3. Oktober bzw. zum weiteren Weg der Bundesrepublik hatten etliche Grundmotive durchweg gemeinsam. Dazu gehörte der *Dank* an die Men-

schen in der DDR, die im letzten Herbst die Wende herbeiführten, wie an die politischen Kräfte im In- und Ausland, die die Herstellung der Einheit Deutschlands ermöglichten. Ebenso einhellig war die *Freude* über das Ende des SED-Regimes und die Vereinigung der nach dem Zweiten Weltkrieg zwangsweise getrennten Teile Deutschlands. Es war auch oft davon die Rede, daß Freiheit und Einheit letztlich nicht Menschenwerk, sondern ein Geschenk Gottes seien: „Wenn wir jetzt den Tag der Einheit begehen können, dann ist das nicht allein das Ergebnis menschlichen Handelns. Wir danken Gott für dieses Geschenk“ (Wort der deutschen Bischöfe).

Teilweise wurde geschichtstheologisch aber recht dick aufgetragen. Kardinal *Meisner*, früherer Berliner Bischof und jetziger Kölner Erzbischof, sagte in seiner Predigt am 3. Oktober: „Gott hat an unserem Volk gehandelt. Ein Volk ist keine rein innerweltliche Wirklichkeit ... Was von Gott her zusammengehört, hatten Menschen aus ideologischem Machtstreben vierzig Jahre getrennt.“ Im übrigen geißelte Meisner sehr deutlich die im Einigungsvertrag getroffene Regelung über die *Weitergeltung der Fristenlösung* in der bisherigen DDR. Die Liebe zum eigenen Volk drängte dazu, die Unantastbarkeit des Menschen von seiner Empfängnis im Mutterleib bis zu seinem Tod einzuklagen: „Wir beklagen es in großer Betroffenheit, daß unser bewährtes Grundgesetz für den Bereich der früheren DDR gerade in dem Teil auf Zeit ausgesetzt wird (ein

Tag wäre schon zu lange), der das Leben der ungeborenen Kinder schützt.“ Kardinal *Friedrich Wetter*, der Erzbischof von München und Freising, sprach in seiner Predigt am 3. Oktober von einem „tiefen Schatten“ über dem Tag der Einheit, weil im Einigungsvertrag „für den Ostteil unseres Vaterlandes der Schutz der ungeborenen Kinder in einer Weise preisgegeben wurde, die unserer Verfassung und dem Sittengesetz widerspricht“.

Der Pressebericht über die Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz hielt als Ergebnis der Beratungen zum Schutz des ungeborenen Kindes fest, die im Einigungsvertrag getroffene Regelung sei *nicht annehmbar*. Es sei bedauerlich, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten mit einer Minderung des Schutzes der ungeborenen Kinder beginne. Die Bischöfe „bedauern zutiefst, daß Politikerinnen und Politiker die Minderung des Lebensschutzes der ungeborenen Kinder als einen Sieg gefeiert haben und das von Walter Ulbricht 1972 unterschriebene Gesetz auf ganz Deutschland ausdehnen wollen“. Die fehlende Sensibilität für diese Frage bedeute einen Rückfall in einen längst als überwunden geglaubten Diskussionsstand. Im Hirtenbrief „Christliche Verantwortung in veränderter Welt“ wird ebenfalls bekräftigt, die katholische Kirche werde keinesfalls hinnehmen, daß der Staat den Schwangerschaftsabbruch praktisch freigebe, wie dies in der Fristenregelung der Fall sei.

### „Die Freude ist nicht ungetrübt“

Der Hirtenbrief nennt den Schutz des menschlichen Lebens als ersten der Bereiche, die unter der Überschrift „Aus christlicher Verantwortung die Zukunft gestalten“ aufgelistet werden. Es folgen „Sorge um Ehe und Familie“, „Erziehung und Bildung“, „Wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Sicherheit“, „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, „Unsere Verantwortung gegenüber Aussiedlern und Asylsuchenden“, „Verantwortung für Entwicklung und Frieden“ und „Verantwortung

tung für die Schöpfung“. Der Text bündelt dabei Forderungen an die deutsche Politik, die aus einschlägigen kirchlichen Stellungnahmen der letzten Jahre geläufig sind, vom Familienlastenausgleich über den Schutz des Sonntags bis zum Grundrecht auf Asyl, das nicht ausgehöhlt werden dürfe. Gleichzeitig bezieht der Hirtenbrief die Probleme ein, die sich mit dem Beitritt der DDR ergeben. Die Deutschen müßten zusammenstehen, „um in allen Teilen Deutschlands und für alle Menschen wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit zu schaffen“. Die neue Etappe, die jetzt in Deutschland beginne, verlange Mut und Ausdauer. Wohlstand und soziale Sicherheit seien nicht von heute auf morgen zu schaffen.

Die Freude über das Geschenk der Freiheit sei nicht ganz ungetrübt, hieß es im *Wort der Berliner Bischofskonferenz* zum 3. Oktober, das am Sonntag zuvor in den Gottesdiensten verlesen wurde: „Viele sind nach der ersten Begeisterung nachdenklich geworden. Viele wissen nicht so recht, wie sie mit der neuen Freiheit umgehen sollen.“ Landesbischof Hempel sprach am 3. Oktober in der Marienkirche von den „neuen und alten Sorgen“ der Menschen in der bisherigen DDR. Dabei erinnerte er an die Arbeitslosigkeit, die ökologische und wirtschaftliche Misere und an die „Spinnenfinger der Staatssicherheit und an ihre schlammige Hinterlassenschaft“.

## Erinnerung an die Wertbindung des Grundgesetzes

Bischof Lehmann wandte sich in seiner Predigt vor allem an die Adresse der bisherigen Bundesbürger, die zu wenig bemerkt hätten, wie schwierig es sein könne, aus einer massiven Ungleichheit zu einem neuen Ganzen zusammenzukommen: „Das Gewicht einer wohlhabenden und erfolgreichen Bundesrepublik kann so auf dem anderen, der sich immer wieder in die Vorschulklasse zurückversetzt empfinden muß, schwer lasten.“ Wenn die Mauer aus Stein beseitigt sei, müsse

noch die Mauer in den Köpfen abgebaut werden.

Ein zentraler Punkt in vielen kirchlichen Stellungnahmen war nicht zuletzt die Mahnung, das vereinigte Deutschland dürfe seine *Verantwortung für Europa* und für die Bekämpfung von Hunger und Armut in der Dritten Welt nicht vergessen. So hieß es in der Erklärung des EKD-Ratsvorsitzenden zum 3. Oktober, die Probleme der Welt forderten ein Deutschland, das weltweit der Gerechtigkeit verpflichtet sei, dem Frieden diene und seinen Teil zur Bewahrung von Gottes guter Schöpfung beitrage. Der Hamburger evangelische Bischof *Peter Krusche* warnte bei einem ökumenischen Gottesdienst vor dem Entstehen neuer Mauern gegenüber der Dritten Welt und den Ländern Osteuropas. Bischof Lehmann stellte in der Marienkirche die Frage: „Sind wir gemeinsam nach außen – vor allem zu unseren östlichen Nachbarn, aber auch in die weltweite Not so vieler Menschen hinein – offen, um vorurteilslos zu helfen und über uns hinauszuwachsen?“

Das von der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda gemeinsam mit der Berliner Bischofskonferenz verabschiedete Hirtenwort „Christliche Verantwortung in veränderter Welt“ stellt den Ausführungen zu einzelnen Politikbereichen Überlegungen zu den Grundwerten als Fundamenten des Zusammenlebens und zur Notwendigkeit einer dem Gemeinwohl verpflichteten Politik voraus. Die Bischöfe erinnern sehr nachdrücklich an die *Wertbindung des Grundgesetzes*, die bei der Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas ein zentraler Bezugspunkt sein müsse. Die Gesellschaft werde dann zur Blüte gelangen und ihre Kraft entfalten, wenn das Bewußtsein um die Würde des Menschen, um seine unantastbaren Rechte wie auch seine Pflichten lebendig sei. Im Hintergrund steht offenbar die Sorge der Bischöfe, im Zug des zu erwartenden Säkularisierungsschubs nach dem Beitritt der DDR mit ihrem hohen Anteil von nicht christlich Sozialisierten und angesichts weiterer Lockerung der Kirchenbindung in der

bisherigen Bundesrepublik könnte die Verpflichtung der staatlichen Ordnung auf Menschenwürde und Grundwerte Schaden nehmen.

## Das Staat-Kirche-Verhältnis verteidigt

Es ist auch kein Zufall, daß der Hirtenbrief in seinem Schlußteil das *Staat-Kirche-Verhältnis* in der Bundesrepublik würdigt. Der Freiraum der Kirche in der Bundesrepublik werde künftig auch den Christen und Kirchen in den fünf neuen Bundesländern offenstehen und im geeinten Deutschland die Beziehungen von Staat und Kirche prägen. Dabei geht der Text ausdrücklich auf den *schulischen Religionsunterricht*, die Kirchensteuer und die sozialkaritativen Dienste ein. Die Bischöfe gehen davon aus, daß die Möglichkeit schulischen Religionsunterrichts in den fünf neuen Bundesländern im selben Umfang wie in der bisherigen Bundesrepublik bestehen wird. Gleichzeitig räumen sie ein, die personellen Möglichkeiten für die Erteilung des Religionsunterrichts müßten erst im Lauf der Zeit durch die Ausbildung von Religionslehrern geschaffen werden.

Die Bischöfe verteidigen das bundesdeutsche *Kirchensteuersystem* als bewährte und von der überwiegenden Mehrheit der Katholiken bejahte Einrichtung. Die Diözesen in der bisherigen DDR seien aber auch nach der Wiedereinführung der Kirchensteuer wegen ihrer Diasporasituation auf die Mithilfe der Katholiken im übrigen Deutschland angewiesen. Zur kirchlichen Caritas heißt es, die Einsicht, daß der moderne Sozialstaat nicht alle sozialen Leistungen über den Markt oder die öffentlichen Haushalte finanzieren könne, sollte zu einer erneuerten Wertschätzung der freien Träger der Wohlfahrtspflege führen. Ob sich die von den Bischöfen in ihrem Hirtenbrief aus Anlaß der Vereinigung verteidigten Strukturen und Grundelemente des Staat-Kirche-Verhältnisses in der Bundesrepublik auf die Dauer im vereinten Deutschland aufrechterhalten lassen, ist allerdings eine offene Frage.